

FÖDERALISMUS / Der „Konvent für Deutschland“ hält Schuldenbegrenzung allein für zu wenig

Ruf nach einer grundlegenden Reform

Um wenig wird so heftig gestritten wie ums Geld. Daher ist die Förderalismusreform II besonders schwierig: Es geht um das Staatsdefizit und die Steuereinnahmen.

DIETER KELLER

BERLIN ■ Neue Obergrenzen für die Neuverschuldung von Bund und Ländern – auf diesen Aspekt darf sich der zweite Teil der Förderalismusreform nicht beschränken. Das forderte gestern Alt-Bundespräsident Roman Herzog als Vorsitzender des „Konvents für Deutschland“. Das 14-köpfige überparteiliche Beratergremium versuchte, mit 13 Thesen Einfluss auf die Förderalismuskommission zu nehmen, die sich Mitte September zu einer Klausurtagung treffen.

Die Sorge Herzogs ist berechtigt: In der Öffentlichkeit wird praktisch nur das Thema Schuldengrenzen diskutiert. Im Prinzip sind sich alle Politiker einig, dass neue Spielregeln her müssen, damit die Schuldenlast des Staates nicht noch weiter steigt. Inzwischen gibt es jede Menge Ideen, wie dies geschehen könnte. Jens Bullerjahn, SPD-Vize und Finanzminister von Sachsen-Anhalt, schlug gerade vor, neue Schulden nur noch in Ausnahmefällen wie bei Naturkatastrophen zuzulassen. Ansonsten müssten die Länder in guten Zeiten für schlechtere vorsorgen. Wer gegen diese Auflagen verstößt, dem könnten Sanktionen von Steueraufschlägen bis zu Kürzungen der Mittel aus dem Länderfinanzausgleich drohen.

Der rheinland-pfälzische Finanzminister Ingolf Deubel (SPD) brachte einen Stabilisierungsfonds der Länder ins Gespräch: In guten

Zeiten sollten sie bis zu 24 Milliarden Euro aus Steuermehreinnahmen einzahlen. Im Abschwung bekämen sie aus diesem Topf einen Ausgleich, damit sie keine Kredite aufnehmen müssen.

Auch der „Konvent für Deutschland“ plädiert für ein Verschuldungsverbot, das im Grundgesetz und in den Länderverfassungen festgeschrieben wird. Darauf, wie Sanktionen aussehen könnten, legte er sich aber nicht fest. Ausnahmen müssten eng begrenzt und binnen weniger Jahre ausgeglichen werden.

Die große Koalition muss dringend nutzen, dass sie selbst die nötige Mehrheit im Bundestag für Verfassungsänderungen hat, mahnten Herzog und seine Mitstreiter, darunter die Ex-Länderchefs Wolfgang Clement (Nordrhein-Westfalen) und Klaus von Dohnanyi (Hamburg). Es geht ihnen um eine deutliche Stärkung des Föderalismus,

also der Eigenverantwortung der einzelnen Bundesländer.

Für Steuern, die ihnen voll zustehen, sollten die Länder allein die Gesetzgebungskompetenz erhalten. Das wäre beispielsweise die Erbschaftsteuer. Auch sollten sie Zu- oder Abschläge auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer bekommen können. Den umstrittenen Finanzausgleich zwischen den Ländern wollen sie ganz abschaffen und durch direkte Zuweisungen des Bundes ersetzen. Dabei sollten die Unterschiede nicht mehr so stark ausgeglichen werden wie derzeit. Es geht um langfristige Festlegungen; die Solidarpakt-Mittel, die Ostdeutschland bis 2019 zugesagt sind, sollen nicht angetastet werden. Darneben fordert der Konvent, Verpflichtungen des Staates wie Pensionslasten oft auszuweisen und weniger Mitarbeiter, beispielsweise die Lehrer, zu verbeamten.